

**Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 186. Sitzung  
der Ständigen Konferenz der Innenminister  
und -senatoren der Länder**

**am 18. April 2008  
in Bad Saarow**

Hinweise:

Sofern im Folgenden Beschlüsse oder andere Dokumente von Arbeitskreisen und anderen Gremien der IMK bzw. von Bund und Ländern nicht ausdrücklich als zur Veröffentlichung freigegeben gekennzeichnet sind, wird darum gebeten, von Nachfragen abzusehen, da diese Unterlagen nicht an die Öffentlichkeit weitergegeben werden können.

Für Beschlüsse anderer Fachministerkonferenzen gelten die dortigen Vorgaben zur Handhabung dieser Unterlagen.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 186. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 18. April 2008 in Bad Saarow

---

1. Jahresbericht 2007/2008 des Ländervertreters im „Strategischen Ausschuss für Einwanderungs-, Grenz- und Asylfragen“ über die Beteiligung der Länder in EU-Angelegenheiten

**Beschluss:**

Die IMK nimmt den Jahresbericht 2007/2008 des Ländervertreters im "Strategischen Ausschuss für Einwanderungs-, Grenz- und Asylfragen" (*freigegeben*) über die Beteiligung der Länder in EU-Angelegenheiten zustimmend zur Kenntnis.

## 2. Polizeiliche Einsatzmaßnahmen aus Anlass der UEFA-Fußball Europameisterschaft 2008

### **Beschluss:**

1. Die IMK stellt fest, dass im Zusammenhang mit der Fußball-Europameisterschaft 2008 in Österreich und in der Schweiz besondere anlassbezogene Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Deutschland und zur Unterstützung der Ausrichterstaaten erforderlich sind. National ergeben sich diese insbesondere anlässlich zu erwartender Public-Viewing-Veranstaltungen, Jubelfeiern, Autokorsos und Fanreisebewegungen sowie zur Verhinderung der Ein-, Aus- und Durchreise und von Drittortauseinandersetzungen von Hooligans. Im Hinblick auf die Veranstaltungen hält die IMK die Anwendung der anlässlich der Fußball-WM 2006 erarbeiteten Standards und die Inanspruchnahme der Veranstalter für geboten (z. B. ausreichend dimensionierte Ordnerdienste, Zugangskontrollen, Verkaufsverbot von Getränken in Flaschen oder Glasgefäßen).
2. Die IMK begrüßt die Erstellung eines bundesweiten „Lagebildes UEFA Fußball-Europameisterschaft 2008“ (*nicht freigegeben*) durch die Zentrale Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) und dessen ab 01.01.2008 monatliche, ab vier Wochen vor dem Turnier mindestens wöchentliche und ab 06.06.2008 tägliche Herausgabe.
3. Neben zu erwartenden spezifischen Kriminalitätsformen ist im Kontext der Fußball-Europameisterschaft 2008 auch die Bedrohungs- und Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus zu berücksichtigen. Die IMK begrüßt vor diesem Hintergrund die gezielt auf diesen Anlass ausgerichtete Informationserhebung und -steuerung sowie Erstellung eines bundesweiten Lagebildes für den Bereich der politisch motivierten Kriminalität (PMK) und der veranstaltungsbezogenen allgemeinen und organisierten Kriminalität, und dessen lagebezogene sowie ab 06.06.2008 täglich erfolgende Herausgabe durch das BKA.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 186. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 18. April 2008 in Bad Saarow

---

Noch TOP 2

4. Die IMK begrüßt die in den Ländern und beim Bund getroffenen Vorbereitungen und Maßnahmen zur Bewältigung der „Einsatzlage Fußball-Europameisterschaft 2008“ (*nicht freigegeben*) und nimmt den dazu ergangenen Beschluss des AK II vom 12./13.03.08 (*nicht freigegeben*) zur Kenntnis. Sie erachtet insbesondere die nachhaltige Anwendung des bewährten Paketes präventiv-polizeilicher Maßnahmen, die konsequente Informationsgewinnung zur gewaltbereiten Problemszene und die Speicherung relevanter Sachverhalte in der Datei „Gewalttäter Sport“ sowie den intensivierten nationalen und internationalen Informationsaustausch als wesentliche Bausteine für eine erfolgreiche Bewältigung der Einsatzlage.
5. Angesichts der herausragenden internationalen sportlichen Dimension der Fußball-Europameisterschaft 2008 und der damit einhergehenden sicherheits- und ordnungsrelevanten Herausforderungen hält die IMK insbesondere auch die intensive Zusammenarbeit mit den Ausrichterstaaten zur Bewältigung der Einsatzlage „Fußball-Europameisterschaft 2008“ für erforderlich.
6. Die IMK unterstreicht die Notwendigkeit der Unterstützung der Ausrichterstaaten im Rahmen der internationalen Verpflichtungen zur gegenseitigen Hilfeleistung und im gemeinsamen Sicherheitsinteresse. Sie begrüßt, dass Bund und Länder die Ausrichterstaaten Österreich und Schweiz mit Einsatzkräften und Führungs- und Einsatzmitteln unterstützen werden.
7. Die IMK begrüßt die bedarfsorientierte Überarbeitung der bewährten Präventionsmedien der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 für die Fußball-Europameisterschaft 2008 und die Absicht der Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention des Bundes und der Länder (PL PK), eine Öffentlichkeitskampagne, die den positiven Verlauf der Fußball-WM 2006 im Hinblick das Fanverhalten bei der Fußball-EM 2008 aufgreift, zu entwickeln.

3. Aktuelle Änderung der DFB-Richtlinien zur einheitlichen Behandlung von Stadionverboten zum 31.03.2008

**Beschluss:**

1. Die IMK stellt fest, dass die Probleme gewalttätiger Auseinandersetzungen bei oder im Zusammenhang mit Fußballspielen im Bereich der Profiligen sowohl bei nationalen als auch internationalen Begegnungen, aber auch in den Ligen unterhalb der Profiligen, nach wie vor aktuell sind. Die Anzahl der polizeilich registrierten Straftaten im Zusammenhang mit Fußballspielen bewegt sich seit mehreren Jahren auf einem gleichbleibend hohen Niveau, liegt aktuell aber immer noch ca. 30 % über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre.
2. Die IMK unterstreicht die Notwendigkeit eines gemeinsamen gezielten Vorgehens gegen Gewalt in und im Umfeld von Stadien durch Vereine, Fußballverbände, Fanorganisationen, Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, Kommunen sowie Polizei. Die abgestimmten Konzepte und Maßnahmen haben sich grundsätzlich bewährt und werden lageorientiert praktiziert.
3. Die IMK sieht neben konsequenten beweissicheren repressiven Maßnahmen sowie dem breiten Spektrum präventivpolizeilicher Maßnahmen der Polizei zur Bekämpfung fußballbezogener Gewalt (Gefährderansprachen, Meldeauflagen, Platzverweise, Aufenthaltsverbote, ggf. Gewahrsamnahmen sowie bei internationalen Begegnungen auch Pass-/ Ausweisbeschränkungen und Ausreiseverbote) in der Möglichkeit zur Verhängung bundesweit gültiger Stadionverbote durch die Vereine und den Deutschen Fußballbund (DFB), sowohl bezogen auf die konkret betroffenen Personen als auch mit Blick auf die generalpräventive Wirkung, ein wirksames Mittel zur Eindämmung und Bekämpfung von Gewalttätigkeiten bei oder im Zusammenhang mit Fußballspielen.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 186. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 18. April 2008 in Bad Saarow

---

Noch TOP 3

4. Die IMK befürwortet vor dem Hintergrund der Neufassung der Stadionverbotsrichtlinien durch den DFB eine differenzierte Anwendung der Stadionverbote in Bezug auf Jugendliche, Heranwachsende und Erwachsene. Sie hält eine Reduzierung der Höchstdauer bei Jugendlichen oder Heranwachsenden bei Vornahme einer einzelfallbezogenen Prüfung für vertretbar. Sie spricht sich allerdings eindringlich gegen eine Reduzierung der Höchstdauer eines Stadionverbotes für Erwachsene in besonders schweren Fällen aus und hält es für geboten, dass Stadionverbote in diesen Fällen weiterhin mit einer Höchstdauer von 5 Jahren ausgesprochen werden.
  
5. Die IMK bittet ihren Vorsitzenden diese Auffassung, die auch der Position des Nationalen Ausschusses Sport und Sicherheit entspricht, gegenüber dem DFB zu verdeutlichen und darauf hinzuwirken, dass die Stadionverbotsrichtlinien durch den DFB möglichst rasch an die hier vertretene Auffassung angepasst werden.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 186. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 18. April 2008 in Bad Saarow

---

4. Bericht zu den Ergebnissen der Bund-Länder-AG „Entwicklung der Gewalkriminalität junger Menschen mit einem Schwerpunkt auf Ballungsräumen“

**Beschluss:**

1. Die IMK nimmt den Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu Kenntnis.
2. Sie bittet den AK II, die Umsetzungsmöglichkeiten der Handlungsempfehlungen (*freigegeben ohne Anlagen*), die länderübergreifend sind, zu prüfen und der IMK zu ihrer Herbstsitzung 2008 entsprechend zu berichten.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 186. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 18. April 2008 in Bad Saarow

---

5. Bericht des Bundesministers des Innern zur Durchführung von Widerrufungsverfahren durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei Ausländern, die als Flüchtlinge anerkannt sind

**Beschluss:**

Die Innenminister und Innensenatoren der Länder nehmen den Bericht des Bundesministers des Innern zur Durchführung von Widerrufungsverfahren durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei Ausländern, die als Flüchtlinge anerkannt sind (*nicht freigegeben*), zur Kenntnis. Sie bitten das Bundesministerium des Innern, sie über wesentliche Entwicklungen zu unterrichten.

Protokollnotiz BW und BY:

Baden-Württemberg und Bayern sprechen sich dafür aus, in Widerrufungsverfahren betreffend irakische Staatsangehörige die Verfahren bis zur Vorabentscheidung durch den EuGH grundsätzlich auszusetzen und nicht von einem Widerruf abzusehen oder den Fall klaglos zu stellen.

6. Empfehlungen der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder zur Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens in Deutschland

**Beschluss:**

1. Die IMK nimmt die von den Dienstaufsichtsbehörden vorgelegten Berichte der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (*freigegeben*)
  - Online-Statistik - Internet-basierte Erhebungen in der amtlichen Statistik- und
  - Erste Umsetzungsergebnisse der "Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über eine ämterübergreifende Aufgabenerledigung in der amtlichen Statistik"zur Kenntnis.
  
2. Die IMK begrüßt den Aufbau eines flächendeckenden Angebots zur Online-Meldung im Interesse von Wirtschaft, Verwaltung und privaten Haushalten/Bürgern. Sie bittet die Dienstaufsichtsbehörden, zusammen mit den statistischen Ämtern auf einen weiteren Ausbau dieses Angebots hinzuwirken.
  
3. Die IMK begrüßt die deutlichen Fortschritte bei der Umsetzung des Prinzips "Einer für alle" in der Rahmenvereinbarung und der von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im April 2007 geschlossenen Vereinbarung über die Zentrale IT-Produktion und Datenhaltung und bittet die Dienstaufsichtsbehörden, über die Ergebnisse zusammen mit der Evaluierung der Rahmenvereinbarung zur Herbstsitzung 2009 zu berichten.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 186. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 18. April 2008 in Bad Saarow

---

Noch TOP 6

Protokollnotiz Saarland:

Mangels Zuständigkeit enthält sich das Saarland im Hinblick auf den letzten Halbsatz der Ziffer 3 des IMK-Beschlussvorschlages.

Protokollnotiz BMI:

Das BMI begrüßt die Bemühungen der Länder zur Umsetzung der Empfehlungen der Rechnungshöfe und der Vorgaben der IMK.

Die Berichte zeigen allerdings, dass im Hinblick auf die vereinbarten Ziele und die Einsparungen durch Aufgabenbündelung weiterhin Behandlungsbedarf besteht.

## 7. Errichtung eines elektronischen Waffenregisters

### **Beschluss:**

Die IMK beschließt die Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung des BMI, in der die Möglichkeiten und Kosten der Errichtung eines zentral oder dezentral geführten elektronischen Waffenregisters sondiert und ein Errichtungsgesetz vorbereitet werden.

## 8. Polizeibegleitung von Großraum- und Schwerlasttransporten

### **Beschluss:**

1. Die IMK bittet den Bundesminister des Innern beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) auf eine Änderung der Vorschriften zur Begleitung von Großraum- und Schwerlasttransporten hinzuwirken, damit durch eine Übertragung auf private Unternehmen eine Entlastung der Polizei von dieser Aufgabe erfolgen kann.
2. Zur Vorbereitung eines entsprechenden Schreibens bittet die IMK den AK II, bis zur Herbstsitzung der IMK auf der Grundlage der Ergebnisse der Projektgruppe „Großraum- und Schwertransport“ der AG VPEA des UA FEK, konkrete Vorschläge zur Entlastung der Polizei und der dazu erforderlichen Rechtsänderungen zu unterbreiten.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 186. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 18. April 2008 in Bad Saarow

---

9. Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland;  
Fortentwicklung der Rechtsgrundlagen

**Beschluss:**

Die IMK nimmt das "Gesetzgeberische Konzept zur Fortentwicklung der Rechtsgrundlagen im Zivil- und Katastrophenschutz (Stand: 19. März 2008)" zustimmend zur Kenntnis und bittet den Bundesminister des Innern, nunmehr das Gesetzgebungsverfahren einzuleiten.

## 10. Einführung einer einheitlichen Behördenrufnummer in Deutschland

### **Beschluss:**

Die IMK nimmt die Berichte der Länder Berlin, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen zum Aufbau und zur Einführung einer teilweisen oder flächendeckenden einheitlichen Behördenrufnummer (*freigegeben*) zur Kenntnis. Sie erwartet, dass die für den Herbst 2008 angestrebte pilothafte Umsetzung der Vorhaben in den Modellregionen wichtige Erkenntnisse über die Erreichung der mit der Einführung einer einheitlichen Behördenrufnummer verfolgten Ziele bringen wird.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 186. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 18. April 2008 in Bad Saarow

---

11. Bund-/Länder-Kooperation zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben  
im Vermessungswesen

**Beschluss:**

Die Innenministerkonferenz nimmt den Zwischenbericht der AdV-internen Bund/Länder-AG (*nicht freigegeben*) zur Kenntnis und bittet um Vorlage eines Abschlussberichtes zur Herbstsitzung 2008.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 186. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 18. April 2008 in Bad Saarow

---

12. Umweltgesetzbuch Erster Teil (UGB I);  
Vorrang der allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes und der  
Länder

**Beschluss:**

Die Innenministerkonferenz bittet den Bundesminister des Innern, in der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass im weiteren Gesetzgebungsverfahren zum Umweltgesetzbuch nach Möglichkeit auf sonderverfahrensrechtliche Regelungen verzichtet wird.

### 13. Fortschreibung des Programms für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland

#### **Beschluss:**

1. Die Innenminister und -senatoren der Länder haben im Februar 1974 mit dem Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland eine Sicherheitsstrategie vorgelegt und dieses Programm zuletzt im Jahre 1994 fortgeschrieben.
2. Vor dem Hintergrund einer veränderten Sicherheitslage – insbesondere der Bedrohung durch internationalen Terrorismus, der zunehmenden Auslandseinsätze der Polizei, den wegfallenden Grenzkontrollen sowie technologischen Entwicklungen, vor allem im Internet und dessen Missbrauch - sind die Weiterentwicklung einer ganzheitlichen Strategie und die Fortschreibung des „Programm Innere Sicherheit (Fortschreibung 1994)“ notwendig.
3. Die IMK beauftragt eine länderoffene Arbeitsgruppe auf Ebene der Staatssekretäre unter der Leitung des Vorsitzlandes, die erste Ansätze zu einer Fortschreibung des Programms Innere Sicherheit der IMK zur nächsten Herbstsitzung vorlegt.

14. Deutsches Engagement zur Unterstützung des Wiederaufbaus der afghanischen Polizei im Rahmen von EUPOL und des bilateralen deutschen Projektteams in Afghanistan

**Beschluss:**

1. Die Innenminister und -senatoren der Länder nehmen den Bericht (*nicht freigegeben*) ihres Vorsitzenden sowie des Bundesministers des Innern über eine im März 2008 stattgefundenene Reise nach Afghanistan zur Kenntnis.
2. Die Innenminister und -senatoren der Länder unterstützen einen verstärkten deutschen Beitrag zum Polizeiaufbau in Afghanistan, insbesondere zur Ergänzung des Engagements im Rahmen der ESVP-Mission EUPOL AFG.
3. Die Innenminister und -senatoren sehen die Notwendigkeit, neben dem Engagement im Rahmen der ESVP-Mission EUPOL auch bilaterale Projekte in Afghanistan im Einvernehmen mit der afghanischen Regierung und in Abstimmung mit der ESVP-EUPOL durchzuführen.

Protokollnotiz BY:

Bayern enthält sich der Stimme.

## 15. Geschichte der Polizei im Nationalsozialismus

### **Beschluss:**

1. Die Innenminister und -senatoren der Länder befürworten die Umsetzung des Konzeptes zur Realisierung einer Ausstellung zur Geschichte der Polizei im Nationalsozialismus (*nicht freigegeben*).
  
2. Von den Kosten trägt der Bund 350 000 Euro; die Länder tragen 950 000 Euro, die nach dem „Königsteiner Schlüssel“ verteilt werden.